

# BDS-Bundesverband trifft Parlamentskreis Mittelstand

## Abstimmung über die Themenbereiche der nächsten Legislaturperiode

von Nadine Münch

Zur politischen Gesprächsrunde haben sich am Donnerstag, 29. September 2016, die Verbandsspitzen des BDS mit dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin getroffen. „Herzlichen Dank für Ihr Kommen. Die jetzige Legislaturperiode geht schnell zu Ende. Uns geht es darum, sich gegenseitig für die nächste abzustimmen“, begrüßte BDS-Präsident Günther Hieber die Politiker, die trotz Einberufung einer Aktuellen Stunde zur Erbschaftssteuer im Bundestag gekommen waren, um mit dem BDS ausführlich zu sprechen. Andreas G. Lämmel MdB, stellvertretender Vorsitzender des PKM, sagte zu Beginn: „Für die Selbständigen, freien Berufe und Unternehmer nehmen wir uns gerne die Zeit!“



v.l.n.r.: Christian Freiherr von Stetten MdB, Nadine Münch (BDS), Günther Hieber (BDS), Monika Panzer (BDS), Hans-Peter Murmann (BDS), Heinrich Dittmann (BDS), Marie-Luise Dött MdB, Dr. h.c. Hans Michelbach MdB

### Erbschaftssteuerreform

Passend zur Aktuellen Stunde begann der BDS die Gesprächsrunde mit dem Thema Erbschaftssteuerreform. Günther Hieber betonte, dass er die Erbschaftssteuer als vertretbaren Kompromiss betrachte. Schließlich seien 95 Prozent der BDS-Mitglieder nicht davon betroffen. „Aber für die anderen fünf Prozent muss ich auch kämpfen! Generell bin ich der Ansicht, dass die Erbschaftssteuer abgeschafft gehört. Das ist eine reine Neidsteuer, die es nur noch in zwei europäischen Staaten gibt“, so Hieber. Der PKM antwortete: „Der Ursprung der Reform liegt in der Betriebsnachfolge. Wenn eine Firma weitergeführt wird, soll sie von der Erbschaftssteuer befreit werden. Wir hoffen, dass der Kompromiss, der nun geschaffen wurde, vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hat. Wir sind nicht unfroh über ihn, weil er das Risiko begrenzt.“ Es dürfe nicht noch einmal passieren, dass das Gericht ein Gesetz zum dritten Mal kassiert. Das Schlimmste wäre noch einmal so ein Gesetzgebungsverfahren, ist sich der PKM einig. Dr. Mathias Middelberg MdB, stellv. Vorsitzender des PKM, ist mit dem Kompromiss ganz zufrieden: „Es ist unrealistisch, die Erbschaftssteuer ganz abzuschaf-

fen. Für mich ist sie nicht vergleichbar mit der Vermögenssteuer. Beim Erbübergang geht der Besitz in eine neue Generation über, das ist dann eben ein neuer Erwerber.“ Dieser Auffassung widersprach der BDS-Präsident, der darauf hinwies, dass ein Erbgang normalerweise unentgeltlich erfolge. Anders sei es beim Verkauf, bei dem Geld fließe.



Christian Freiherr von Stetten MdB

### Solidaritätszuschlag

Der BDS sprach auch das Thema Solidaritätszuschlag an. „Der Soli läuft 2019 aus. Wir sind gegen eine Abschmelzung und für eine direkte Abschaffung“, so Hieber. Der PKM habe zu dieser Thematik keine geschlossene Haltung, erklärte Lämmel. Verfassungsrechtlich sei der Soli nicht mehr zu rechtfertigen, weil seine Begründung mit dem Aufbau Ost nicht mehr zutrefte. Er fließe in die gesamte Bundesfinanzmasse. Dr. Middelberg ergänzte: „Der Soli ist eine zweckgebundene Sonderabgabe. Wenn der Zweck wegfällt, dann ist diese Abgabe irgendwann nicht mehr zu rechtfertigen.“ „Ich denke, dass Schäubles Vorschlag, ihn schrittweise abzubauen, umsetzbar ist. Bei einem sofortigen Absetzen, wären die Ausfälle im Bundeshaushalt zu groß“, so Marie-Luise Dött MdB, stellv. Vorsitzende des PKM. Auch sie befürwortet Schäubles Abschmelzungsvorschlag.

### Sozialsysteme

Der BDS brachte die Sprache auch auf das Abschmelzen des Mittelstandsbauchs. Lämmel formulierte seine Antwort so: „Die Kassenlage ist auch so eine Sache. Ganze Sozialsysteme weisen keine Demografie-Festig-

keit auf. Das Thema Rente ist völlig offen. Eigentlich wird viel zu viel Geld in die Systeme gepumpt, was zu fortdauernden Lasten geführt hat. Das wird in Deutschland zu immer höheren Sozialausgaben führen und sich immer weiter verschlimmern.“ Reservepolster können so keine angelegt werden, so der PKM und weiter: Das Wahlkampfthema solle die CDU/CSU für die nächste Wahl gut überlegen, geeignet sei beispielsweise die Sicherung der Sozialsysteme. „Wir müssen für die Leistungszahler Anwalt sein, für die, die dieses Land und seine Sozialsysteme tragen. Im nächsten Schritt muss es gerechter werden und die Ungerechtigkeit des Mittelstandsbereiches wenigstens abzuflachen ist eine dringende Frage der Gerechtigkeit“, meinte Dr. Middelberg.

### Mindestlohn

Monika Panzer, BDS-Bundesschatzmeisterin, wollte vom PKM wissen, wie die Gruppe zum Thema Mindestlohn stehe. „Wir wollten den Mindestlohn nicht. Das Thema kam über die Gewerkschaften in den Koalitionsvertrag. Unsere Idee war stets ein Kombilohn. Das bedeutet, das Unternehmen zahlt, was ihm möglich und die Arbeit wert ist und der Staat füllt den Rest auf. Leider haben wir das nicht durchsetzen können.“ Durch die Flüchtlingswelle fielen einfache Arbeitsplätze weg. Flüchtlinge bekämen Mindestlohn, weil die Gewerkschaften sich total stur stellen, so der PKM-Kreis. „Es kann nicht sein, dass der Staat Löhne festsetzt. Das bringt Unruhe in die Betriebe“, antwortete Dött. „Nebenschauplätze wie Heimarbeit wurden nicht berücksichtigt“, fügte Hans-Peter Murmann, Geschäftsführender BDS-Vizepräsident, ein weiteres Gegenargument hinzu und zog den Schluss: „Bei diesen Regelungen ist die Altersarmut vorprogrammiert!“

### Freihandelsabkommen TTIP

Murmann brachte nun das Gespräch auf TTIP: „In Österreich, Frankreich und Deutschland überwiegen die kritischen Stimmen gegen TTIP: Sie vom PKM begrüßen das Abkommen und teilen die Befürchtungen nicht, dass Großunternehmen bevorzugt

würden. Ihre Meinung ist sogar, dass gerade der deutsche Mittelstand bei wegfallenden Beschränkungen stärker am Handel mit den USA partizipieren könne. Wie beurteilen Sie die Chance, dass das Freihandelsabkommen doch noch ratifiziert wird?“ Laut Lämmel haben wir in Europa acht Prozent der Weltbevölkerung, 21 Prozent des Weltinlandsprodukts und 50 Prozent der Sozialkosten der Welt. Europa und die USA haben nun gemeinsam überlegt, wie sie ihre wirtschaftliche Stärke wieder zurückbekommen, den Wohlstand halten und die Sozialsysteme trotz überalternder Bevölkerung finanzieren könnten. Heinrich Dittmann, BDS-Vizepräsident, sieht das Ablehnen von TTIP in der mangelnden Transparenz begründet, während der PKM es eher in einer generellen antiamerikanischen Haltung und dem Misstrauen gegenüber den US-Großkonzernen verwurzelt sieht. Mit TTIP würden die Probleme mit den Zulassungen in den USA wegfallen, so Lämmel. „Wir haben in einigen Bereichen in den USA einen höheren Standard als in Europa und in einigen ist es umgekehrt. Das sollten wir über TTIP zusammenbringen“, führte er fort. Hieber wandte ein, dass er gegen die Abschaffung der Herkunftsbezeichnungen und gegen den Einsatz von unvereidigten Richtern sei und wandte den Blick auch auf die gentechnisch veränderte Nahrung. Der PKM antwortete, dass für die Richterprobleme ebenso wie die Kennzeichnungspflicht inzwischen eine Lösung gefunden worden sei. Von daher sei man nun mit TTIP ganz gut aufgestellt, aber seine Ratifizierung wäre immer noch unsicher, verlautete es aus dem PKM-Kreis.

Abschließend wurde auch über das Flüchtlingsthema gesprochen. Die Gesprächsrunde war sich darin einig, dass die Anzahl der Flüchtlinge, die als Facharbeitskräfte eingesetzt werden können, zu optimistisch gesehen wurde. Das zeige sich auch in den Presseberichten, nach denen die DAX-Unternehmen bis Mitte 2016 bislang gerade mal 47 Flüchtlinge eingestellt haben. Auch die Integrationsproblematik, die auf Deutschland zukomme, dürfe nicht unterschätzt werden, so die Meinung der Gruppe. ■



Dr. h.c. Hans Michelbach



Dr. Mathias Middelberg MdB



Andreas Lämmel MdB und Marie-Luise Dött MdB

## IMPRESSUM

### Der Selbständige

ISSN 0946-3224  
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband  
Hrgs: Bundesverband der Selbständigen - Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggmann, Anita Schäfer  
Fotos: BDS/Archiv, Bettina Ausserhofer

Layout & © Titel: Joachim Schäfer  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:  
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.  
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen - Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Internet: www.bds-dgv.de  
E-Mail: info@bds-nrw.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.